



Wichtige Ablehnung der freien Schulwahl: Nils Landolt im Mai an der Landsgemeinde in Glarus.
Bild: Onlineübertragung Landsgemeinde

Kein Aufgeben nach dem Glarner Privatschul-Debakel

Erneut ist eine Initiative zur freien Schulwahl in der Schweiz gescheitert – diesmal an der Skepsis der Glarner Bevölkerung. Mit einem Stimmenverhältnis von rund 1:4 lehnte die Landsgemeinde die Einführung von Bildungsgutscheinen ab. Was sind die Ursachen?

Alle Sympathien des Lehrernetzwerks Schweiz gelten dem initiativen Privatschulgründer Nils Landolt, der in Mollis (GL) das Lernhaus Sole führt. Der progressive Lehrer wollte der freien Schulwahl im Kanton Glarus zum Durchbruch verhelfen. «Schulwandel jetzt» heisst seine Initiative, seine Stiftung. Die Familien sollten Bildungsgutscheine in der Höhe der Durchschnittskosten der Volksschule (etwa 15'000 bis 18'500 Franken pro Jahr) erhalten und so «ihre» auf das Kind zugeschnittene Schule frei wählen können.

Die Idee der freien Schulwahl hat die Unterstützung des Lehrernetzwerks Schweiz, denn Wettbewerb und Konkurrenz können der Volksschule nur guttun, wie es in

unserem Positionspapier (Punkt 15) heisst. Bildungsgutscheine, die unbürokratisch eine freie Schulwahl ermöglichen, würden dazu führen, dass sich Schulen im Direktvergleich messen müssten. Eine Lehrerin hat uns dazu geschrieben: «Durch eine freie Schulwahl würden sich die meisten Probleme selbst regulieren. Die Volksschule würde sich gezwungenermassen bei den innovativen Privatschulen Ideen holen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Echte Veränderungen wären möglich und Schreibtischtäter würden dann bald verschwinden.»

Wieder abgeschmettert

Es sind Argumente, die an der Landsgemeinde im Kanton Glarus kein Gehör *Fortsetzung auf Seite 2*

Eine Stimme der Vernunft

Als ich vor einigen Tagen eines unserer Mitglieder angerufen habe, um mich für seine äusserst grosszügige Spende zu bedanken, entstand daraus ein überaus herzliches und vertrautes Gespräch, in welchem der zweifache Familienvater mir von Herzen dankte für unseren unermüdlichen Einsatz. Er sei froh, dass es das Lehrernetzwerk gebe. Es sei eine wichtige Anlaufstelle für Lehrer aber auch Eltern, und er drückte seine Begeisterung aus über die Qualität und Ernsthaftigkeit unserer Arbeit.

Solche Rückmeldungen freuen mich enorm. Und sie bestätigen mich, dass der von uns eingeschlagene Weg der Professionalisierung und der thematischen Neuausrichtung der richtige ist.

Seit rund vier Jahren ist das Lehrernetzwerk da und ist zu einer wichtigen Stütze geworden für viele Menschen. Seit rund vier Jahren ist das Lehrernetzwerk da und ist zu einer Stimme der Vernunft geworden.

Auch im neuen Schuljahr werden wir mit aller Kraft vorangehen und uns furchtlos einsetzen für Mitmenschlichkeit, Augenmass und eine kindergerechte Bildung. Dies können wir nur tun, dank eurer so grosszügigen Unterstützung. Einmal mehr: Vielen Dank und: Gott vergelts!

Jérôme Schwyzer, Präsident LNCH



fanden. Hängen die Schweizer zu sehr an «ihrer» Volksschule? Jedenfalls redete sich Nils Landolt um Kopf und Kragen, bis er dazu gedrängt wurde, seine Rede abubrechen. Dann hat die Bevölkerung mit brutaler Wucht das Anliegen abgeschmettert. «Wir wussten, dass es schwierig wird. Die Parteien und die Behörden waren geschlossen gegen uns», sagt Landolt. «Aber man habe einen Samen gelegt. Für Landolt ist klar: «Die freie Schulwahl ist eine Frage der Zeit, spätestens in drei bis vier Jahren wird das Thema wieder politisch lanciert.»

Landolt ist nicht der Einzige, der mit der Idee Schiffbruch erlitten hat, eine freie Schulwahl zu ermöglichen. Im Kanton Solothurn

versuchte es die Elternlobby 2010 mit einer Volksinitiative, zog diese aber zurück, nachdem der Kantonsrat das Vorhaben einstimmig abgelehnt hatte. Im Kanton Zürich kam die freie Schulwahl 2012 zur Abstimmung, sie wurde an der Urne mit über 80 Prozent Nein-Stimmen versenkt. In Baselland, Thurgau und St. Gallen scheiterten im gleichen Zeitraum ähnliche Initiativen. Vor drei Jahren lancierte die Aargauer FDP das Thema – sehr vorsichtig nur – und reichte einen Vorstoss ein, in welchem sie eine Auslegeordnung verlangte. Der damalige Bildungsdirektor Alex Hürzeler (SVP) erteilte dem Ansinnen eine Abfuhr. Die Debatte in Glarus hat

eines deutlich gemacht: Nach über zehn Jahren Diskussion fürchten die Schweizer immer

«Eine ernstzunehmende Bildungswende braucht eine breite politische Allianz – mit einer staatstragenden Partei im Lead.»

noch, eine freie Schulwahl zu ermöglichen. Die gut ausgebauten Schulhäuser, die vielen Lehrer, die mit Herzblut an den Volksschulen unterrichten und Lohnsicherheit geniessen – das will man nicht destabilisieren, obschon immer häufiger sichtbar wird, dass die Volksschule überfordert ist und nicht mehr allen Kindern gerecht werden kann.

Ausweichmöglichkeiten

Kann ein Umdenken stattfinden? Der Migrationsdruck, die Schlagzeilen, dass die Volksschulen dem Einfluss der islamischen Gesellschaften nachgeben, das zunehmende Mobbingumfeld und die Ohnmacht der Schule, die Täter zu sanktionieren, die schlechte Allgemeinbildung und ungenügende Deutschkompetenzen nach elf Jahren Volksschule schreien nach Veränderungen und unbürokratischen Ausweichmöglichkeiten für die Beteiligten.

Nach den kläglichen Scheitern der politischen Vorstösse, gilt es Folgendes zu bedenken:

1. Es geht nicht alleine

Das Engagement einzelner Stiftungen und Interessengruppen für die freie Schulwahl reicht nicht. Eine ernstzunehmende Bildungswende braucht eine breite politische Allianz – min-

Argumente pro freie Schulwahl

1. Wettbewerb und Innovation

Offene Schulwahl zwingt Volksschulen dazu, sich an innovativen Privatschulen zu orientieren – so entsteht echter Modernisierungsdruck und Veränderung von innen.

2. Höheres Elternengagement

Eine freie Schulwahl zwingt die Eltern dazu, sich mit den Bedürfnissen ihrer Kinder auseinanderzusetzen. Privatschulen fordern stärker die Beteiligung der Eltern ein, man parkiert seinen Nachwuchs nicht einfach in der Staatsschule.

3. Individuelle Förderung und kleine Klassen

Privatschulen bieten oft kleinere Klassen und konzentrierte Betreuung – ideal für Kinder mit spezifischen Begabungen, Förderbedarf oder besonderen pädagogischen Bedürfnissen.

4. Pädagogische Vielfalt und Elternwahlfreiheit

Eltern können eine Schule wählen, die ihrer Weltanschauung, religiösen Orientierung oder internationalen Ausbildungsschwerpunkten entspricht. Das entspannt und sorgt für eine stressfreie Ausbildung.

5. Qualitätsantrieb durch Wettbewerb

Eigenständige Finanzierung verschafft Autonomie und Innovationsanreize, fördert Effizienz und Profilschärfung. Ein Vorteil für eine heterogene Gesellschaft.

6. Entlastung der öffentlichen Schule

Überlastete Volksschulen könnten durch Privatschulplätze entlastet werden, besonders in schwierigen Fällen

7. Zweite Chance und Spezialfokus

Kinder, die im Regelschulsystem nicht zurechtkommen – etwa mit Lernschwierigkeiten, Neurodiversität oder Spitztalenten im Sport/Kunstbereich – finden in Privatschulen individuellere Förderstrukturen.

destens eine staatstragende Partei im Lead, flankiert von den reformpädagogischen Schulen, Elternorganisationen, Wissenschaft und – warum nicht – auch den Kirchen.

2. Bedenken ernst nehmen

Der häufigste Einwand lautet: Privatschulen gefährden die Chancengleichheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Sorge ist legitim, denn in Ländern, in denen Bildungsgutscheine eingeführt wurden (Chile, Niederlande, Schweden), beklagt man sich, dass sowohl Chancengleichheit wie auch die Unterschiede nach sozioökonomischem Hintergrund grösser geworden seien. Das verlangt nach einfachen, glaubwürdigen Konzepten – etwa nach klaren Regeln zur Durchmischung, finanziellen Fördermechanismen und öffentlich kontrollierten Mindeststandards. Ziel muss es sein, dass die öffentliche Schule nicht zur sozialen Restschule verkommt.

3. Probleme benennen

Es muss noch deutlicher werden, dass sich die Volksschulen mit einem überfrachteten Programm übernommen und sich mit Reformitis ins Elend gestürzt haben. Die Bevölkerung soll mitleiden, wenn unsere Kinder an den Schulen ideologisiert werden und die Schulen in den Kernkompetenzen Deutsch, und Mathematik durchfallen. Ein Viertel der Schulabgänger erhält heute während elf Volksschuljahren das Rüstzeug für die Zukunft nicht mehr – und das in einem der teuersten Bildungssysteme der Welt.

4. Kluge Kommunikation

Freie Schulwahl braucht einen überzeugenden Claim und keine

langen Reden: Kinder brauchen Optionen, Wahlfreiheit schafft gleiche Chancen, Kinder haben Auswahl verdient.

5. Eltern in Verantwortung

Der rechtliche Boden für eine freie Schulwahl ist in den Menschenrechten gegeben: Art. 26, Abs. 3: «Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihre Kinder erhalten sollen». Diese Verantwortung ist wieder klar zu benennen und einzufordern.

Vor einer freien Schulwahl, vor Privatschulen muss sich die Volksschule nicht fürchten. Ihr gewichtigster Vorteil ist ihr Standortnähe. Wer will schon täglich sein Kind ins Nachbardorf oder in die nächstgelegene Stadt beim heutigen Verkehr

chauffieren müssen? Und dennoch wird die Volksschule herausgefordert. Sie kommt dort unter Druck, wo sie die (wenigen) frustrierten Lehrern im Amt belässt und wo sie weiterhin Schulreformen lanciert, die nicht das Wohl des Kindes sondern jenes der Schulverwaltung im Fokus haben (das hatten in Vergangenheit die meisten Reformen).

Und ein Schlussgedanke: Wenn die Eltern die Schule frei auswählen können, wäre es nicht fair, wenn alle Schulen auch ihre Schüler wählen könnten? Es würde die vielen Eltern in die Pflicht nehmen, ihre Erziehungsverantwortung so auszuüben, dass sie ihren Nachwuchs der Schul ihrer Wahl platzieren können.

Daniel Wahl

Argumente contra freie Schulwahl

1. Kostenintensiv und finanzpolitisch nicht tragbar

Bildungsgutscheine verursachen Mehrkosten in der Gesellschaft, die die Einsparungen in der Volksschule sind nicht im gleichen Ausmass zu kompensieren vermögen.

2. Gefahr der Zweiklassen-Gesellschaft

Privatschulen ziehen überwiegend wohlhabende oder bildungsnahe Familien an, was zur sozialen Segregation führen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen kann. Um dem entgegenzuwirken müssten erst noch Konzepte entwickelt werden.

3. Chancengleichheit und Zusammenhalt leiden

Die Volksschule gilt als integrativer Ort mit einer hohen Identifikation mit unserer Kultur. Privatschulen gefährden diesen Zusammenhalt und treiben eine pluralistische Gesellschaft ohne gemeinsame Identität voran.

4. Kontrolle und Steuerung schwächen

Wenn staatliche Verantwortung auf private Anbieter übertragen wird, reduziert sich Einflussnahme durch Behörden und Bürger. Es ist darum der Ruf nach stärker Kontrolle und damit Bürokratie zu erwarten.

5. Kein wirkliches Leistungsplus

Privatschulen sollen angeblich keinen generellen Leistungsvorteil bringen, sobald die Zusammensetzung der Klassen vom Staat sozial gesteuert und zusammengesetzt wird.

6. Hohe administrative Komplexität

Bildungsgutscheine führen zu mehr Bürokratie und Unsicherheit – etwa durch wechselnde Schülerstatus, Planungsprobleme für öffentliche Schulen und Pflicht zur Wiedereingliederung bei Abbruch.

7. Unsichere Personalstruktur und Fluktuation

Lehrkräfte an Privatschulen verdienen oft weniger, haben unsichere Verträge und wechseln häufiger – das beeinflusst Kontinuität und Qualität.

Wenn sich Lehrer aus der Klasse verabschieden

Von Dr. iur. Nicole Burger

Im April 2025 durfte ich meine Arbeit als Rechtsberaterin des Lehrernetzwerks aufnehmen. Seither meldeten sie sich zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer, auch Eltern, mit der Bitte um Hilfe in Schulangelegenheiten. Gerne gebe ich an dieser Stelle exemplarisch einen Einblick in meine Arbeit.

Delegierter Unterricht

Aus der Ostschweiz erreichte uns die Zuschrift einer dreifachen Mutter. Ihr jüngstes Kind, 5. Klasse, sollte im Sexualkundeunterricht von einer freischaffenden Pädagogin unterrichtet werden, die auf ihrer Homepage schreibt: «Alle Menschen werden als sexuelle Wesen geboren». Der Klassenlehrer würde sich zudem während des Unterrichts ausserhalb des Klassenzimmers aufhalten. Das ist problematisch, denn die Verantwortung für den Unterricht liegt bei der Schule und kann nicht ausgelagert werden.

Wichtiger jedoch noch: Nach Lehrplan 21 sind die Eltern für die Sexualerziehung zuständig.

Ein Gespräch mit der Schule ist daher in einem solchen Fall als erster Schritt angezeigt. Sollte der Unterricht wie geplant stattfinden, kann ein Dispensationsgesuch gestellt werden. Auch eine rechtliche Anfechtung ist

«Nach Lehrplan 21 sind die Eltern für die Sexualerziehung zuständig.»

denkbar, allerdings verbunden mit einem Kostenrisiko. Weniger konfrontativ wäre der Bezug eines Joker-Tages. Besonders sinnvoll erscheint jedoch: Warum nicht am Unterricht teilnehmen – angekündigt oder unangekündigt? So lässt sich ein Eindruck gewinnen, mit der Option, bei Bedarf einzugreifen.

Götter basteln

Es kann auch vorkommen, dass einzelne Unterrichtseinheiten aus religiösen Gründen für Eltern unzumutbar sind. In einem Fall im Kanton Aargau, bei dem neben Besuchen in einem muslimischen und indischen Gotteshaus auch das Basteln von Götterfiguren vorgesehen war, konnten wir den Eltern helfen: Das Kind wurde auf der Oberstufe weitgehend von der Projektwoche dispensiert. Wichtig ist hier der Hinweis, dass auch christliche Eltern in der Schweiz ein Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit haben – nicht nur Angehörige anderer Religionen. Die Anfragen betrafen nicht nur Eltern – auch Lehrerinnen und Lehrer konnten wir unterstüt-

zen. Aus der Innerschweiz kam die Frage, ob in einer kleinen Waldschule neben dem Lehrer eine zweite Begleitperson erforderlich ist. Da klare gesetzliche Vorgaben fehlten, verwiesen wir auf die Regelungen für Schulreisen («in der Regel» zwei Begleitpersonen) und auf die Aufsichtspflicht: Lehrerinnen und Lehrer haben eine Garantenstellung und müssen für die Unversehrtheit der Kinder sorgen. Eine Verletzung kann straf-, zivil- oder aufsichtsrechtliche Folgen haben. Wir empfahlen der Privatschule, interne Verhaltensrichtlinien für den Wald zu erstellen und

diese transparent zu kommunizieren. Für eine Kleingruppe von sechs Kindern sahen wir jedoch keinen zwingenden Grund für eine zweite Begleitperson.

Nicole Burger ist Grossrätin (AG) und Vertrauensanwältin für das LNCH

Opting-Out

Mit unseren Juristen hat das LNCH das Formular «Elterliche Erklärung zum Sexualkundeunterricht» entwickelt. Es bietet dir ein juristisch fundiertes Mittel, um deine elterlichen Rechte geltend zu machen. Mit der Abgabe dieser Erklärung schützt du dein Kind vor unangemessenen oder sogar traumatisierenden Inhalten und setzt ein Zeichen für elterliche Verantwortung.

Du kannst das Dokument hier downloaden.



Obschon wir von Sonderkonditionen profitieren, sind rechtliche Angelegenheiten kostspielig. Wir sind deshalb dringend auf die Unterstützung von unseren Mitgliedern angewiesen.



Die Identität der Kinder stärken

Bin ich wirklich ein Bub, bin ich ein Mädchen? Immer häufiger leiden Jugendliche darunter, ihr biologisches Geschlecht annehmen zu können. Aber statt die Kinder in ihrer angeborenen Rolle zu bestärken, verunsichert unsere Gesellschaft zunehmend ihren Nachwuchs - bis hin zur Empfehlung, die Geschlechtssteile operativ verstümmeln zu lassen. Es ginge auch anders.

Das Lehrernetzwerk Schweiz hat im Mai seine Mitglieder zu einem kostenlosen Workshop eingeladen zum Umgang mit dem Thema Geschlechtsverunsicherung, mit dem Ziel, Lehrpläne und Leitfäden auszuwerten, die die Kinder in ihren angeborenen Rollen und Tendenzen bestärken, statt sie darin zu verunsichern.

Warum das wichtig ist, dokumentierte die eingeladene studierte Sexualpädagogin, Dagmar Kieninger aus Österreich und belegte es mit einigen Zahlen. Zum Beispiel: 80 bis 90 Prozent der Jugendlichen, die am Geburtsgeschlecht leiden (Geschlechtsdysphorie), finden wieder zu ihrem biologischen Geschlecht zurück und akzeptieren sich in ihrem Körper. Verheerend ist, wenn in dieser Phase die unmündigen Jugendlichen dazu ermutigt werden, ihr Leiden mit irreversiblen Geschlechtsoperationen zu «lösen».

Forschungsergebnisse

Bizarren ist auch, dass die Vertreter der Gender-Ideologie nahezu sämtliche wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Säuglingsforschung, der Bindungsforschung, der Emotionsforschung und der Entwicklungspsychologie ignorieren – die vielen messbaren Unterschiede zwischen Mädchen und Buben, sogar bevor sie auf der

Welt sind. Erforscht und belegt ist, dass Mädchen ab Geburt leichter zu beruhigen sind, eher länger den Blickkontakt suchen, während Jungen im Mutterleib eher aktiver sind und schon vom ersten Tag an impulsiver und vulnerabler sind. Buben sind eher an den Dingen, als an den Mitmenschen interessiert. Wobei zu beachten gilt, dass die Ergebnisse im Durchschnitt messbar, aber individuell variabel und oft überlappend sind.

Kein «leeres Blatt»

In der Summe widerlegen sie letztlich die These, wonach das Geschlecht ein soziales Konstrukt ist und angeblich nichts mit der Biologie zu tun hat. «Der Körper ist kein «leeres Blatt», das von Anfang an beschrieben wird und nur durch die Umwelt zu dem wird, was er ist. Vielmehr zeigt der Körper eine vorhandene Tendenz», sagt Kieninger.

Das Wissen darum hat tiefgreifende Auswirkungen auf den Unterricht mit Kindern und im Umgang damit, wenn ein Mädchen ein Bub sein will oder ein Bub ein Mädchen. Kieninger plädiert für Gelassenheit und sensible



Dagmar Kieninger

Begeleitung: «Wenn ein Mädchen überdurchschnittliche Durchsetzungsfähigkeit entwickelt, ist sie vielleicht in der Chefetage eines Konzerns am richtigen Platz und kann sich entfalten», sagt Kieninger.

Und es sei auch völlig normal, wenn ein Bub noch im achten Alterjahr sagt: Wenn ich gross bin, werde ich Mama. Das Bewusstsein, permanent in einem männlichen Körper zu sein entwickelt sich unterschiedlich schnell und wird natürlicherweise gestärkt: Mädchen orientieren sich eher an Mama, Buben eher am Vater.

Gefragt ist Gelassenheit

Dass schliesslich gegen 90 Prozent der an Geschlechtsunstimmigkeit leidenden Jugendlichen in ihrem Reifungsverlauf wieder eins mit sich und ihrem Körper werden, dürfte viele Eltern und auch die Lehrer beruhigen. Erstaunlich aber, dass solche Erkenntnisse in einem Leitfaden wie die in Basel Furore machende Handreichung «Trans macht Schule» keine Erwähnung finden und darum in keine Überlegungen miteinfließen.

Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) hat eine umstrittene Forderung platziert: Irreversible geschlechtsangleichende Operationen sollen für Minderjährige schweizweit verboten werden. Dies zum Schutz junger Menschen. Bezeichnenderweise ist Ricklis Forderung von der Translobby und von den teuer bezahlten Chirurgen umgehend kritisiert worden. (dw)

Weniger Digitalisierung bei den Kindern

Von Nina Fehr Düsel

Wir alle wissen: Social Media und Handykonsum haben nicht nur positive Auswirkungen. Im Schnitt verbringen Kinder und Jugendliche 32 Stunden pro Woche im digitalen Raum. Dies ist beängstigend hoch. Hier braucht es sinnvolle Regeln.

Im Kanton Nidwalden und Aargau hat man die Konsequenzen gezogen: Neue Regeln verbieten die private Nutzung von Handys auf dem Schulgelände. Nur im Notfall oder bei ausdrücklicher Erlaubnis durch die Lehrer dürfen sie eingesetzt werden. Damit soll nicht nur der Unterricht störungsfreier, sondern auch das Miteinander gefördert werden. Denn die Radikalisierung / Bubble-Wirkung wird durch den Konsum von Social Media Plattformen gefördert, die sogar in Jugendkriminalität ausufern können. Andere Kantone folgen diesem Beispiel: So gibt es auch in Luzern, Obwalden und Zug ein partielles Handyverbot und mehr Eigenverantwortung an der Volksschule. In der Gemeinde Köniz (BE) gilt sogar ein flächendeckendes Handyverbot. Auch in Zürich wurden im Kantonsrat entsprechende Vorstösse eingereicht. Natürlich ist die Digitalisierung auch im Nationalrat ein Thema.



Faszination Tablet: Ein Bub mit sich alleine. Bild: Freepik

Vor allem im Kindergarten und in der Unterstufe sollte die Digitalisierung im Unterricht nicht weiter vorangetrieben werden, fordern die Politiker. Doch die Kinder müssen schreiben, lesen und rechnen lernen. Es ist sinnvoller in diesem Alter analog zu arbeiten, mit Büchern und Arbeitsblättern. Auch viele nördliche Länder sind bereits wieder zurückhaltender mit dem Gebrauch von Tablets an den Schulen. Die Konzentration und Fokussierung der Schüler sind seither wieder viel besser.

Aufeinander abstimmen

Dabei sollen auch wirkungsvolle Barrieren (betreffend Zeit und Inhalt) eingebaut werden. Es macht keinen Sinn, dass Eltern zuhause Zeitlimiten und Altersbeschränkungen bei Spielen installieren und dann die Tablets der Schule komplett unlimitiert sind und die Kinder dort zu allen Games und Plattformen Zutritt haben. Auch sollte die Organisation der ganzen Schule und Notengebung nicht immer digital erfolgen. Die Kosten sind hier beträchtlich. Prävention in den Schulen ist zentral. Themen wie Datenschutz oder sichere

Internetnutzung sollen altersgerecht vermittelt werden. Erziehung ist primär Aufgabe der Eltern, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen können helfen. Gerade bei ausländischen Eltern sind Limiten beim digitalen Konsum oft zu wenig ein Thema. Ebenso sind Fake News und Cyber Mobbing leider alltäglich geworden. Dies sind viel diskutierte Themen in der Rechtskommission des Nationalrates.

Freizeit gestalten

Gerade draussen in der Natur können wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Denn die Gestaltung der Freizeit ist zentral für die Entwicklung. Viele Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit online. Gewisse zeitliche Limiten können durch Kinder leicht ausgehebelt werden.

Darum habe ich zusammen mit anderen Eltern eine Petition gestartet, welche ein Mindestalter für Social Media vorsieht und mehr Prävention an den Schulen. Mittels Altersverifizierung soll hier ein besserer Kinderschutz bestehen, natürlich unter Wahrung des Datenschutzes. Die Petition läuft unter Campax «Schützt unsere Kinder - Likes sind kein Kinderrecht. Social Media erst ab 16.» Die Diskussion ist wichtig. Die Schule sollte sich wieder auf Ihre Stärken besinnen. Digitalisierung mit Augenmass hilft; viele Eltern sind dankbar darüber. Mehr Eigenverantwortung, aber auch Leitplanken helfen.

Nina Fehr Düsel ist Nationalrätin SVP, Juristin und Mutter, Kanton Zürich

QR-Code zum offenen Brief

Das LNCH hat in diesem Zusammenhang alle Deutschschweizer Kantone aufgefordert, ein flächendeckendes Handyverbot zu prüfen.



«Jedes Kind zur richtigen Zeit in der richtigen Klasse»

Seit einem Semester leitet Regierungsrätin Martina Bircher die Bildungsdirektion im Kanton Aargau. Weil sie sich im Vorfeld der Wahl ein 10-Punkteprogramm vorlegte, das eine Verbesserung der Volksschule und viel Veränderung fordert, steht sie medial wie keine andere Bildungsdirektorin der Schweiz im Fokus.

Die Herausforderungen im Kanton Aargau sind gross: stetig wachsende Schülerzahlen, sinkende Sprachkompetenzen der Schüler, häufigere Sonderbeschulung und ein politischer Glaubenskrieg über integrative oder separative Beschulung. Mittendrin die neue Aargauer Bildungsdirektorin Martina Bircher, die einen in der Schweizer Bildungslandschaft unvergleichbaren und unverkrampften Veränderungswillen dokumentiert: flächendeckendes Handyverbot, Massnahmepaket gegen den Mangel an Sonderschulplätzen, Massnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenzen der Kinder und so weiter.

LNCH: Die NZZ leitete im Juni ein Interview mit den Worten ein: «Die Aargauer Bildungsdirektorin Martina Bircher (SVP) will das Schulsystem verändern. Sie fordert bessere Deutschkenntnisse, mehr Kleinklassen – und weniger Ideologie». Wie geht es Ihnen in einem System, das jahrelang anders eingespart ist?

Martina Bircher: Sie sprechen das 10-Punkteprogramm an, das auf meiner Homepage zu finden ist! Das Programm gab schon im Vorfeld meiner Wahl viel zu reden und ist inzwischen mit der Bildungsverwaltung gespiegelt worden. Ich musste das Programm nicht anpassen. Nun hängt viel von der Kommunikation ab – insbesondere zum



Martina Bircher, Bildungsdirektorin im Kanton Aargau. Bild: Daniel Wahl

Thema «integrative Schule». Ich hoffe – ja, ich bin überzeugt –, dass ich mit dem Motto «Jedes Kind zur richtigen Zeit in der richtigen Klasse» den Ton getroffen habe und ideologische Gräben überbrücken kann. Jedenfalls sind Grossräte auf mich zugekommen und haben gesagt: «So habe ich es mir noch gar nicht überlegt; ich glaube, wir finden uns.»

Bevor wir über diesen Richtungsstreit zu sprechen kommen, nochmals nachgehakt: Wenn Sie neue Ideen formulieren, erfahren Sie in der Bildungsverwaltung Rückenwind oder werden Sie gebremst?

Im Departement bin ich ohne Vorbehalte aufgenommen worden. Jetzt arbeiten wir gemein-

sam an einer starken Volksschule im Kanton Aargau.

Es gibt im Kanton Aargau immer mehr Zuweisungen an die sehr separative Sonderschulen, aber immer weniger Kleinklassen, dies obwohl viele Pädagogen den Integrationsgedanken propagieren. Sie haben unlängst angekündigt, diesen Widerspruch anzugehen. Welche Ursachen sind für diese Entwicklung bereits bekannt?

Wir sind noch immer in der Phase der Analyse. Das Thema ist letztlich sehr vielschichtig. Klar ist, dass es zwischen Primar- und Sonderschulen keine oder kaum mehr Zwischenangebote gibt und dann Kinder an Sonderschulen geschickt werden, die ausserhalb der Wohngemeinde

liegen. Das ist separativ. Für mich gilt der Grundsatz: Jedes Kind zur richtigen Zeit in der richtigen Klasse. Ich deute das so: Integrative Schule heisst, dass Kinder im selben Schulhaus, in derselben Gemeinde zur Schule gehen können. Separation ist, wenn Kinder aus der Gemeinde hinaus mit dem Bus an eine andere Schule gehen, die auf spezifische Behinderungsformen spezialisiert ist.

Das hat im Aargauer Parlament aber zu hitzigen Diskussionen geführt.

Ja, die Debatten um die sogenannte integrative Schule sind sehr emotional, sehr ideologisch. Aber es ist doch so: Solange Kinder im selben Schulhaus sind und die Pausen, den Sporttag oder andere Schulanlässe gemeinsam verbringen, findet Integration statt – ob man nun in einer Kleinklasse, in einer ersten oder einer sechsten Klasse ist. Zurzeit gilt, dass heute jemand besondere Unterstützung erhält, wenn er kognitiv eingeschränkt ist – wenn also die Wahrnehmung, das Gedächtnis, die Aufmerksamkeit etc. ungenügend sind. Wir wollen den Förderbedarf breiter fassen.

Woran denken Sie?

Beispielsweise an Kinder, die kein einziges Wort Deutsch sprechen. Oder an Kinder, die eine Entwicklungsverzögerung haben. Hier wollen wir breiter denken und damit auch die Diskussion um integrativ und separativ entspannen.

Das Lehrernetzwerk Schweiz kennt zahlreiche Heilpädagoginnen und -pädagogen, die am linken parteipolitischen Spek-

trum anzusiedeln sind. Interessanterweise schwören diese auf separative Angebote, weil nur so gewisse Kinder adäquat gefördert werden können. Wie erklären Sie sich, dass sich im Kanton Aargau ausgerechnet die Linke gegen Kleinklassen und Förderklassen ausspricht?

Ich bin noch nicht lange Bildungspolitiklerin und kann die Diskussion darum nur vom Ist-Zustand her bewerten: Ich sehe, dass oft sehr ideologisch argumentiert wird. Doch Ideologien helfen den Kindern nicht. Ob man Kleinklasse, Förderklasse, Lerninsel oder wie auch immer sagt, spielt für mich keine Rolle. Integrativ ist letztlich die «Schule vor Ort». Aber da sind schon Glaubenskonflikte in den

«Die Debatten um die integrative Schule werden sehr ideologisch geführt».

politischen Lagern entstanden. Selbst das Teilmotto «Jedes Kind ... in der richtigen Klasse» wurde kritisiert: Man könne nicht dahinterstehen, bemängelte jemand vom äusseren linken Rand. Sobald man das Kind in eine Klasse einteile, werde es klassifiziert und so mit der Klassenzuteilung stigmatisiert. Konsequenterweise würde das doch bedeuten, dass auch die Gymnasien abgeschafft werden. Da sagte mir die Person, ja, das sei auch ihr politisches Ziel. Da hört es bei mir auf – weil keine vernünftigen Lösungen mehr möglich sind.

Worauf kommt es letztlich an?

Auf die Durchlässigkeit – zur richtigen Zeit in der richtigen Klasse. Aus den Sonderschulen – der separativen Beschulung – kommen die Kinder, einmal

zugeteilt, selten wieder weg. Ich bin selbst ein gutes Beispiel für Durchlässigkeit an den Volksschulen: Ich bin von der Real-, über die Sekundar- zur Bezirksschule gekommen. Wenn es uns gelingt, das zu kommunizieren, lösen sich die Grabenkämpfe.

Haben Sie sich das Budget dafür schon gemacht?

Die Schaffung neuer Angebote in den Gemeinden soll uns weder günstiger noch teurer kommen. Wir müssen die vorhandenen Mittel einfach effizient einsetzen.

Mehr Förder- oder Kleinklassen sind doch teurer, weil dort weniger Kinder gleichzeitig unterrichtet werden. Es braucht mehr Lehrer.

Ein Sonderschulplatz kostet ca. 70'000 Franken pro Jahr. Für das Schuljahr 2025/26 haben wir voraussichtlich für rund 200 Kinder mit entsprechendem ausgewiesenem Bedarf keinen Sonderschulplatz. Wir unterstützen die Schulen vor Ort deshalb mit der Möglichkeit, regionale Spezialklassen zu schaffen. Der Kanton übernimmt die Kosten dafür. Dort sollen die Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen durch Heilpädagogen unterrichtet werden. Natürlich sind wir für das neue Schuljahr viel zu spät, aber sind wir ehrlich, auch in den kommenden Jahren werden wir zu wenig Sonderschulplätze haben. Daher sollten die Schulen vor Ort diese neue Möglichkeit nutzen. Die Alternative ist, dass diese Kinder entweder zurückgestellt oder auf die Regelklassen verteilt werden, welche dann in ihrer Tragfähigkeit gefährdet sind. Und das kann doch nicht die Lösung sein.

Die zweite Landessprache an den Primarschulen, insbesondere das Frühfranzösisch, kommt politisch in manchen Kantonen unter Druck. Was sind Ihre Gedanken dazu?

Eine Vorbemerkung: Im Kanton Aargau starten wir mit Frühenglisch. Jedoch brachte die Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) in Französisch Haarsträubendes zutage. In der Realschule erfüllen gerade noch sieben Prozent die Grundanforderungen. Aufgrund der schlechten Resultate arbeiten wir nun eine Sprachenerwerbsstrategie aus. Die Stossrichtung werden wir in den nächsten Monaten diskutieren. Persönlich bin ich für eine pragmatische Haltung: Wir müssen uns fragen, was die Jugendlichen wirklich können müssen, wenn sie die Volksschule verlassen. Klar ist: Wer in die Kanti geht, braucht das Französisch. Es ist aber nicht bei jeder Berufslehre Voraussetzung. Vor diesem Hintergrund ist die Frage erlaubt: Welchen Sinn macht Französisch auf Realstufe, wenn nur noch sieben Prozent die Grundanforderungen erreichen. Da wäre es mir lieber, wenn wenigstens die Deutschkompetenzen ausreichend gestärkt würden.

Sie würden also den Französisch-Unterricht an der Realschule streichen?

Das kann ich zurzeit nicht sagen. Wir müssen erst wissen, was die Berufsschulen wirklich benötigen. Die eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz EDK fordert auf Primarstufe zwei Fremdsprachen. Und das haben wir im Grunde genommen auch im Kanton Aargau: mit Englisch und Hochdeutsch. Für die Aargauer ist Hochdeutsch

auch eine Fremdsprache (lacht). Nein im Ernst, ich erhoffe mir von der EDK schon mehr Flexibilität. Rückblickend würde heute wahrscheinlich niemand mehr auf die Idee kommen, dass man das Startschuljahr der Fremdsprache ins Konkordat schreibt. Es ist doch wichtig, welches Niveau ein Schüler am Ende der Volksschule erreicht, und nicht, wann er mit welcher Fremdsprache startet.

Zum Thema Digitalisierung: Nach dem Kanton Nidwalden hat auch der Aargau ein flächendeckendes Handyverbot ausgesprochen, das jetzt mit Beginn des Semesters aktiv ist. Was war der Auslöser für dieses Verbot?

Alle diese elektronischen Geräte sind ein Riesenproblem, nicht nur an den Schulen, auch

«Haarsträubend: In der Realschule erfüllen gerade noch sieben Prozent die Grundanforderungen an Französisch.»

ausserhalb. Der Medienkonsum der Kinder hat exponentiell zugenommen – man spricht nicht mehr miteinander, man spielt nicht mehr in der Pause. Viele Schulen kannten darum schon ein Verbot. Auf deren guten Erfahrungen konnten wir aufbauen. Jetzt wird der Handygebrauch auf Verordnungsebene einheitlich geregelt. Somit haben wir weniger Diskussionen und mehr Sicherheit vor Ort. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass andere Kantone, wie das Wallis, folgen werden.

Wir vom Lehrernetzwerk Schweiz erkennen aber eine grosse Diskrepanz: Die Schul- und Bildungsverwaltungen

und auch die Lehrmittelverlage pushen die Digitalisierung – mittlerweile schon auf Kindergartenstufe. Gleichzeitig legt man den Eltern nahe, den Medienkonsum zu reduzieren.

Natürlich ist das ein Widerspruch. Wir revidieren zurzeit das Volksschulgesetz. Und in diesem Zusammenhang sind aus dem Parlament auch noch Vorstösse zu behandeln. Vom Kanton aus definieren wir nun die Mindestanforderungen. Klar ist für mich: Wir werden die Mindestvorgaben sehr zurückhaltend gestalten. Wir können nicht auf privater Seite die elektronischen Mittel verbannen wollen, während wir schon im Kindergarten jedem Kind ein Tablet in die Hand drücken.

Ist der Lehrermangel noch ein Thema?

Ja, noch immer. Aber die Massnahmen scheinen jetzt zu greifen. Die Pädagogischen Hochschulen (PH) bilden inzwischen mehr Lehrerinnen und Lehrer aus und es gibt heute auch mehr Wege, um Lehrer zu werden.

Die Lehrerverbände haben sich dagegen gewehrt, dass Berufsmaturanden auch ohne Hindernisse für die Primarlehrerausbildung zugelassen werden.

Wie stehen Sie dazu?

Ich habe mich als Nationalrätin dafür eingesetzt, dass man mit der Berufsmaturität auch an die PH darf. Das Thema ist nicht unter den Tisch gefallen. Ich finde es auch für den Lehrerberuf wichtig, dass wir Menschen haben, die mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, die Praxiswissen und Lebenserfahrung mitbringen, nicht nur Akademiker. Ein guter Mix ist immer eine Bereicherung.

Beratung mit dem Draht zur Wirtschaft



Die Anforderungen der Berufswelt wie auch die Vorstellungen der Jugendlichen sind im stetigen Wandel. Eine anspruchsvolle Zeit auf dem Weg zum jungen Erwachsenen. Anspruchsvoll aber auch für die Eltern sowie die Lehrerinnen und Lehrer.

Der Weg führt letztlich über die Auseinandersetzung mit sich selbst, seinen Fähigkeiten, Wünschen und Möglichkeiten zu

einem Entscheid für die berufliche Zukunft.

Diesem Weg hat sich «LPLUS» und Stefan Haas verschrieben. Er ist Geschäftsführer von LPLUS, der «Initiative für einen guten Start in die Arbeitswelt». Die Organisation versteht sich als Brückenbauer zwischen Schule und Wirtschaft. Gemeinsam mit den Schulverantwortlichen vermittelt Stefan Haas

den Schülern der 8. Klassen Wissenswertes rund um Ausbildungsmöglichkeiten und die Lehrstellensuche: «Wir bieten unsere Expertise und guten Dienste sowohl den Unternehmen der Wirtschaft als auch den Schulen respektive den Jugendlichen an. LPLUS vertritt die Unternehmerseite, wir wollen die Jugendlichen arbeitsmarktfähig machen und geben Tipps, wie das Bewerbungsdossier optimiert werden kann.» Dies kann modulweise, mit Eintrittsreferaten, Dossiers, dem Üben von Bewerbungsgespräch üben erfolgen.

«Je umfassender sich die Schüler der Berufswahl widmen, desto besser ist die Ausgangslage in der Phase, in der sie einen Entscheid fällen müssen. Das Ziel ist, dass jede Person den für sich richtigen Beruf herausfinden kann», sagt Stephan Haas. Aktuell stellt LPLUS allen eine vierteilige Heftreihe mit Themen rund um die Berufsfindung kostenlos zur Verfügung. Aufs Wesentliche konzentriert und gut verständlich und zum Herunterladen über die Seite «go-lplus.ch».

Die Themen der 4-er-Heftreihe

Bewerbungsdossier

Es führt Schritt für Schritt zu qualitativ guten Bewerbungsunterlagen und ist als Grundlage für die Berufliche Orientierung bestens geeignet.

Bewerbungsgespräch Vorbereitung

Was erwartet den Bewerber? Wie kann ich mich vorbereiten? Folge ich den Vorgaben, bin ich vorbereitet und kann entspannt ans Bewerbungsgespräch gehen.

Eltern begleiten den Berufswahlprozess

Eine Hilfestellung, um sein Kind im anspruchsvollen Prozess zu unterstützen. Man vermeidet Stress für sich und sein Sohn oder seine Tochter und kann den Berufswahlprozess verantwortungsvoll begleiten.

Mit Kurzgeschichten zum Bewerbungsprofi

Mit unterhaltsamen und kurzweiligen Geschichten erfahren, was «now-goes» sind und was wie wirken.



Frühfranzösisch, aber späte Einsichten

Politikerinnen und Politiker erklären den Französischunterricht an der Primarschule zur Schicksalsfrage des Landes. Dabei zeigt die Realität: Früh angesetzt ist noch lange nicht gut gelernt – und schon gar nicht geliebt.

Von Daniel Wahl

Der Zusammenhalt des Landes sei gefährdet, wenn das Frühfranzösisch abgeschafft werde. Das verkündete einst Christoph Eymann, Basler Bildungsdirektor im Bildungsfuror. Das behauptete auch alt Bundesrat Alain Berset, als der Kanton Thurgau den Französischunterricht an der Primarschule in Frage stellte. Und nun bläst Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider ins gleiche Horn. Sie ist sogar bereit, den Kantonen dafür die Zuständigkeit der Bildungshoheit abzuspochen. Notfalls, so lässt sie verlauten, wolle sie das Frühfranzösisch gesetzlich verankern. Das Machtwort als pädagogische Antwort.

Ein Mythos namens «Landes-Zusammenhalt»

Es ist wohl gröberer Unsinn zu behaupten: Der «Landes-Zusammenhalt» – die vielbeschworene *cohésion nationale* – hänge vom Französischunterricht auf Primarstufe ab. Angesichts der ärmlichen Resultate nach Abschluss der Volksschule und des offenkundigen Unwillens vieler Schüler wirkt diese Behauptung bestenfalls abenteuerlich romantisch, schlimmstenfalls ideologisch verbohr.

Vielleicht wäre es klüger, die Primarschule spräche zuerst das Herz der Kinder an – und weckte die Liebe zur Roman- die auf Schulreisen statt mit «Sprachbädern», die sich als Wortpfützen erweisen.

Von Versuchsklassen und politischen Manövern

Ich kam in der Babyboomer-Zeit zur Welt. Damals lernte man an keiner Primarschule Französisch – und trotzdem war der Landeszusammenhalt weder in Gefahr noch infrage gestellt. Im Gegenteil: Ich würde sagen, es war besser um ihn bestellt. Unter anderem deshalb, weil viele bereit waren, einige Zeit Aupair im Welschland zu sein. Am heutigen Französischpensum der Primarstufe kann es also nicht liegen.

In den 1970er-Jahren wurde unsere vierte Klasse in Therwil (BL) zur «Versuchsklasse» für Frühfranzösisch erklärt. Ein Evaluationsbericht wurde nie



Ungeliebt bis Vollkatastrophe. Nur sieben Prozent der Realschüler erreichen nach Ende ihrer Laufbahn die Grundkompetenzen. Bild: AKVB Kanton BE

publiziert. Die Bildungspolitik richtete sich schon damals nach der ideologischen Marschroute: Man führt etwas provisorisch und versuchsweise ein, um es unumkehrbar durchsetzen zu können. Kritik daran wird reflexhaft delegitimiert: Als eine Studienautorin Zweifel an der Effizienz des Frühfranzösischs anmeldete, attackierte Christoph Eymann gleich die Person, nur um sein Narrativ verteidigen zu können.

Fortsetzung auf der letzten Seite

Umfrage: Klare Mehrheit will weniger Fremdsprachen

Die Resultate einer aussagekräftigen Umfrage der Starken Schule beider Basel (SSbB) unter 891 teilnehmenden Personen zum Thema Fremdsprachen an den Primarschulen sind eindeutig: Zwei Drittel der Umfrageteilnehmenden lehnt die Weiterführung von zwei Fremdsprachen an den Primarschulen ab. Wird auf nur noch eine Fremdsprache reduziert, so bevorzugen 53,1 Prozent Englisch, 34,5 Prozent Französisch. Eine deutliche Mehrheit ist zudem für einen späteren Fremdsprachenbeginn. Die meisten Umfrageteilnehmenden sprechen sich für einen Start in der 5. Primarklasse aus.

80,3 Prozent der Umfrageteilnehmer waren Lehrer aus den Volksschulen oder der Sekundarstufe 2. Von den 288 teilnehmenden Primarlehrpersonen unterrichten 45,8 Prozent mindestens eine der beiden Fremdsprachen (Französisch, Englisch). 19,8 Prozent von Leitfäden und Unterrichtseinheiten in Arbeitsgruppen. Lediglich 30,5 Prozent der Umfrageteilnehmenden möchten an den Primarschulen beide Fremdsprachen Französisch und Englisch beibehalten. Eine deutliche Mehrheit von 66,3 Prozent spricht sich für eine Reduktion der Anzahl Fremdsprachen aus. Davon wünschen sich 16,1 Prozent sogar gar keine Fremdsprachen auf der Primarstufe.

Crèmeschnitten statt Kommunikation

Ich erinnere mich noch an mein erstes Aha-Erlebnis vor dem Übertritt ans Progymnasium: Ich begriff, dass «est» und «sont» zusammengehören wie «ist» und «sind». Stolz erklärte ich es meinen Klassenkameraden, die ebenfalls zum ersten Mal das Prinzip des Konjugierens zu erfassen schienen. Das Wort «écureuil» war so tief in unser Gedächtnis eingebrannt wie heute vielleicht «mille-feuilles». Wir wussten, was ein Eichhörnchen ist – kamen aber an der Oberstufe sprachlich auf die Welt. Heute können viele Sechstklässler eine Crèmeschnitte korrekt auf Französisch benennen, doch in einem Restaurant weder nach der Toilette fragen noch ein Co-ca-Cola bestellen.

Zu viele Sprachen, zu wenig Bildung

Die jüngste Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) förderte Ernüchterndes zutage: Nur sieben Prozent der Realschülerinnen und Realschüler (tiefstes Niveau an der Oberstufe) erreichen die Mindestziele – in einem der teuersten Bildungssysteme der Welt. Woran liegt's? Die Primarschule ist mit zwei Fremdsprachen, ergänzt durch die dritte Fremdsprache Hochdeutsch, überfrachtet. Kinder mit Migrationshintergrund jonglieren oft mit vier Sprachen – und scheitern. Die Folge: Überforderung statt Verständigung, Sprachverwirrung statt Spracherwerb.

Die Verlagerung des Französischunterrichts in die Primarschule ist dabei keine pädagogische Feinjustierung, sondern der wichtigste und grösste

strategische Grundfehler. Auf dieser Stufe sind die Lernziele niedriger, der Unterricht unspezifischer, die Fortschritte langsamer, weil die Schüler noch nicht in ihre jeweiligen Leistungsniveaus aufgeteilt sind. Erst in der Oberstufe – wenn der Unterricht an das jeweilige Niveau angepasst ist – kann Spracherwerb wirklich fruchten. Vielleicht macht Französisch

dann sogar Freude: Wenn es mit Erfahrungen verbunden wird, mit Reisen, Begegnungen, echten Freundschaften über Sprachgrenzen hinweg.

Die Haltung des Lehrernetzwerk ist klar: Wir fordern «Experiment» abbrechen. Frühenglisch und Frühfranzösisch sind abzuschaffen, wie es im Positionspapier des LNCH heisst.



Hilf mit, unseren Kindern eine unbeschwerte und ideologiefreie Schulzeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns mutig ein für eine gesunde und menschenfreundliche Bildung – in jeder Hinsicht.

Da wir unsere Arbeit ohne finanzielle Mittel nicht ausführen können, sind wir *dringend* auf Spenden und eure Hilfe angewiesen. Wir danken dir für deine wertvolle und treue Unterstützung.

Unsere Bankverbindung:

Lehrernetzwerk Schweiz, 5000 Aarau

IBAN: CH 48 80 80 8003 9417 3838 2

Jetzt mit TWINT spenden:

